

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 20.01.2009

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:25 Uhr

Anwesend sind:

Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 18:45 Uhr
Herr Frank Sänger	CDU	16:30 Uhr bis 18:45 Uhr
Frau Isa Weiß	CDU	16:30 Uhr bis 18:45 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 18:45 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 18:45 Uhr
Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 18:45 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 18:45 Uhr
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	16:30 Uhr bis 18:45 Uhr
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP	16:30 Uhr bis 18:45 Uhr
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 18:45 Uhr
Herr Denis Häder	WIR. FÜR HALLE.	16:30 Uhr bis 18:45 Uhr
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	16:30 Uhr bis 18:45 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	Vertreter: Herr Sänger
Herr Gottfried Koehn	SPD	Vertreter: Herr Krause
Herr Tom Wolter	MitBürger	Vertreter: Herr Häder

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Der ursprünglich als 5.5 geplante Tagesordnungspunkt:

**Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in
kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07420**

wurde in der Jugendhilfeausschusssitzung am 08.01.2009 vertagt, so dass noch kein abschließendes Votum vorliegt.

Beschluss:

Wiedervorlage nach dem abschließenden Votum des JHA

Abstimmung:

mehrheitlich zugestimmt

**Dringlichkeitsantrag des Stadtrates Frank Sänger, CDU, betreffend die Beiträge der Wohnungsgesellschaften zur Haushaltskonsolidierung
Vorlage: IV/2009/07716**

Herr Sänger begründete seinen Dringlichkeitsantrag. Hauptargument für die Dringlichkeit seien die Auswirkungen auf die Haushaltskonsolidierung, die gemeinsam mit dem Haushaltsplan in der Sitzung des Stadtrates am 25. Februar 2009 beschlossen werden solle.

Herr Krause sprach sich für die Behandlung des Dringlichkeitsantrages aus, jedoch plädierte er für die Behandlung im nicht öffentlichen Teil im Zusammenhang mit der Diskussion des Änderungsantrages der SPD-Stadtratsfraktion zu diesem Antrag, da nicht öffentliche Details der Gesellschaften betroffen seien.

Herr Misch sprach sich gegen eine Diskussion im nicht öffentlichen Teil der Sitzung aus, da die genannten Beträge der Gesellschaften auch dem Haushaltsplan und dem Haushaltskonsolidierungskonzept entnommen werden können.

Herr Geier führte aus, dass die Verwaltung empfehle, beide Anträge zu vertagen, bis die kommunalen Wohnungsunternehmen ein Prüfungsergebnis vorgelegt haben, welche im Konsolidierungszeitpunkt geplanten Einnahmen in den jeweiligen Jahresschreiben erzielbar sind.

Herr Dr. Meerheim sprach sich dafür aus, die Anträge im Zusammenhang mit dem Haushalt zu beraten. Unter anderem das Argument der möglichen Zeitpunkte der Beiträge zur Konsolidierung unterstreiche die Dringlichkeit.

Herr Misch fügte an, dass sich beide Aufsichtsräte bereits mit der Thematik befasst haben und zügig an die Stadt Halle (Saale) zuarbeiten können.

Herr Häder sprach sich nicht grundsätzlich gegen eine Dringlichkeit aus. Er sehe jedoch keinen zwingenden Zusammenhang.

Herr Dr. Meerheim führte aus, dass Gesellschafterbeschlüsse jahresscheibenkonkret vorliegen. Diese konnte die Oberbürgermeisterin als Gesellschaftervertreterin im Rahmen der Stadtratsbeschlüsse veranlassen.

Frau Wolff führte aus, dass die Mitglieder der Aufsichtsräte über Detailwissen verfügen, welches nicht vertretenen Fraktionen fehle.

Herr Krause stellte folgenden Antrag:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften behandelt den Dringlichkeitsantrag des Stadtrates Frank Sänger, CDU, betreffend die Beiträge der Wohnungsgesellschaften zur Haushaltskonsolidierung, Vorlage: IV/2009/07716 im nicht öffentlichen Teil der heutigen Sitzung.

Abstimmung über den Antrag von Herrn Krause:

1 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
Mehrheitlich abgelehnt

Beschluss:

Der Dringlichkeitsantrag des Stadtrates Frank Sänger, CDU, betreffend die Beiträge der Wohnungsgesellschaften zur Haushaltskonsolidierung, Vorlage: IV/2009/07716, wird als TOP 6.3 in die Tagesordnung des öffentlichen Teils der heutigen Sitzung aufgenommen:

Abstimmung:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 9. Dezember 2008
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Jahresabschluss 2007 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: IV/2008/07698
- 5.2. Wirtschaftsplan 2009 Eigenbetrieb Kindertagesstätten
Vorlage: IV/2008/07360
- 5.3. Energiebericht - Zwischenergebnisse zum Energiebericht 2007
Vorlage: IV/2008/07557
- 5.4. Mittelfristiger Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 einschließlich der Fortschreibung für das Schuljahr 2009/10
Vorlage: IV/2008/07382
- 5.5. Gebührensatzung für die Benutzung der Kindertageseinrichtungen in kommunaler Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2008/07420 - **vertagt** -

- 5.6. Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2009 (BEP 2009)
Vorlage: IV/2008/07594
- 5.7. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2007
Vorlage: IV/2008/07577
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion für ein Angebot an Studierende, die ihren Hauptwohnsitz in Halle nehmen
Vorlage: IV/2008/07285
 - 6.2. Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP+ Graue + WG Volkssolidarität zur Ausrichtung des Hansetages im Sommer des Jahres 2017
Vorlage: IV/2008/07655
 - 6.3. Antrag des Stadtrates Frank Sänger, CDU, betreffend die Beiträge der Wohnungsgesellschaften zur Haushaltskonsolidierung
Vorlage: IV/2009/07716
7. Finanzvergleich mit anderen Großstädten - **vertagt** -
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen
10. mündliche Anfragen
11. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 9. Dezember 2008

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 9. Dezember 2008 wurde genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Im nicht öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 09.12.2008 wurden keine abschließenden Beschlüsse gefasst.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Jahresabschluss 2007 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA) Vorlage: IV/2008/07698

Auf die Fragen von Frau Wolff und Frau Weiß ging Herr van Rissenbeck ein. Er erläuterte unter anderem, dass durch die Nutzung der Anleiter und des Stammpersonals Synergien entstehen. Die Erhöhung des Rückflusses aus der ARGE im Jahr 2008 sei durch die umfangreichere Beantragung zu erklären. Dadurch wurden auch mehr finanzielle Mittel erstattet. Bezüglich der Entwicklung der städtischen Zuschüsse verwies Herr van Rissenbeck auf die Darstellung auf Seite 17 der Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Jahresabschluss für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung für das Wirtschaftsjahr 2007 wird festgestellt.
2. Der Leitung des EfA wird für das Wirtschaftsjahr 2007 gemäß § 18 Abs. 4 Satz 2 EigenBG LSA Entlastung erteilt.

zu 5.2 Wirtschaftsplan 2009 Eigenbetrieb Kindertagesstätten Vorlage: IV/2008/07360

An der Diskussion beteiligten sich Herr Weiland, Herr Dr. Fuchs, Frau Wolff, Herr Dr. Schmidt, Herr Kogge und Herr Kreisel.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Kreisel, dass eine unwahrscheinliche Steigerung der Inanspruchnahme von Krippenkinderplätzen zu verzeichnen sei. Diese Steigerung war nicht vorhersehbar. Im Eigenbetrieb seien keine Reserven eingeplant, um weitere Kürzungen verkraften zu können.

Herr Kogge fügte an, dass eine Steigerung der Geburtenrate, eine Steigerung der Wahrnehmung der Plätze in den Kindereinrichtungen und eine vermehrte Nutzung durch die Qualitätssteigerungen in den Einrichtungen unverkennbar seien. Diese Entwicklung sei auch der erklärte Wunsch der Politik. Die Geburtenrate und die Anzahl der Wahrnehmung sei durch die Stadt nicht steuerbar und die Qualitätssteigerung ein erklärtes Ziel und unzweifelhaft wünschenswert.

Herr Kreisel führte aus, dass der Wirtschaftsplan des Jahres 2009 des Eigenbetriebes Kita nach der derzeit gültigen Satzungslage aufgestellt wurde. Bei konstanter Auslastung und Zustimmung des Stadtrates zum derzeit vorliegenden Beschluss seien keine finanziellen Nachforderungen des EB Kita zu erwarten. Für PPP sind im EB Kita 0,75 Mio. € eingeplant. Dieser Ansatz wurde nach den Letztverhandlungen und nach der Anpassung an den Baupreisindex hinsichtlich der Bauunterhaltung angepasst.

Herr Dr. Schmidt führte aus, dass er Zweifel an einer zukünftigen seriösen Planung der Anzahl der Krippenkinder habe, da die Entscheidungen der Eltern nicht vorhersehbar seien. Da spiele es u. a. auch eine Rolle, ob ein Kind Geschwister hat oder nicht.

Bezüglich der Frage der Differenz zwischen eingestellten Erstattungen im Wirtschaftsplan zu den geplanten Ausgaben in der Bedarfs- und Entwicklungsplanung wurde von der Verwaltung ausgeführt, dass diese im Zusammenhang mit den KJHG-Ermäßigungen stehen. Die Angaben korrespondieren mit dem Jahresabschluss 2008.

Bezüglich der Einnahmen des EB Kita wies Frau Brederlow darauf hin, dass dieser zusätzlich zum städtischen Zuschuss Einnahmen aus den Gebühren direkt von den Eltern erhalte sowie Erstattungen vom Land für die integrative Betreuung von Kindern. Die Mittel für die vor dem Betriebsübergang abgeschlossenen Altersteilzeitverträge seien im städtischen Haushalt veranschlagt. Diese fließen als Erstattung von der Stadt in die Bilanz mit in den Jahresabschluss des EB Kita ein und seien als Zuschüsse und Abflüsse in der Gewinn- und Verlustrechnung ersichtlich.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem Wirtschaftsplan 2009 für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten in vorliegender Fassung zu.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle 1.4640.6750 Erstattung an Eigenbetrieb Kindertagesstätten	2.126.000 €
Haushaltsstelle 1.4640.7150 Zuschuss Eigenbetrieb Kindertagesstätten	21.731.000 €

Sobald eine neue Gebührensatzung der Stadt Halle (Saale) vorliegt, wird der Wirtschaftsplan 2009 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten angepasst.

zu 5.3 Energiebericht - Zwischenergebnisse zum Energiebericht 2007 Vorlage: IV/2008/07557

An der Diskussion beteiligten sich Herr Weiland, Herr Dr. Meerheim, Frau Wolff, Herr Misch, Herr Schramm, Herr Dr. Schmidt, Herr Häder, Herr Sänger, Herr Geier und Herr Bielecke.

Herr Bielecke bestätigte auf Anfrage, dass die finanziellen Mittel für die Umsetzung des Handlungskonzeptes nicht in den städtischen Haushalt oder beim Eigenbetrieb ZGM eingeplant seien. Einige Maßnahmen der Kategorien I und II seien jedoch sehr effektiv. Verstärkt sollen auch Fördermittel genutzt werden, um die Ausgaben im Verwaltungshaushalt zu reduzieren. Ein Teil der Maßnahmen werde aus dem laufenden Haushalt umgesetzt. Auch werden durch Organisationsänderungen, z. B. durch die Einführung des Energiemanagements, Kosten für die Beleuchtung eingespart. Dies sei sehr notwendig, da davon auszugehen ist, dass sich die Verbrauchskosten für Energie in den nächsten 8 Jahren verdoppeln werden.

Die Mehrzahl der Mitglieder des Ausschusses sprach sich für die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen aus - je nach Möglichkeiten der Haushaltslage. Da diese zurzeit sehr angespannt ist, ist unvermeidlich, dass nicht alle Projekte sofort umgesetzt werden können.

Der EB ZGM wurde gebeten, nach vorgenommenen Wirtschaftlichkeitsberechnungen, konkrete Maßnahmen, die prioritär umgesetzt werden sollten, in Höhe von ca. 500 T€ zur Abschlussberatung (10. Februar 2009) vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Die Zwischenergebnisse zum Energiebericht 2007 werden zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung EB ZGM wird beauftragt, gemeinsam mit der Verwaltung die Voraussetzung für die Durchführung der vorgeschlagenen Energiesparmaßnahmen zu schaffen.

zu 5.4 Mittelfristiger Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 einschließlich der Fortschreibung für das Schuljahr 2009/10 Vorlage: IV/2008/07382

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Misch, Herr Dr. Meerheim und Herr Kogge.

Frau Wolff wies darauf hin, dass die Beschlusspunkte 6.9, 6.9.1 und 6.9.2 gestrichen werden können. Bezüglich der Auenschule informierte Sie, dass der Bildungsausschuss den Beschluss gefasst habe, die Auenschule nicht zu schließen.

Es wurde festgestellt, dass sich die Verwaltung den Beschluss des Bildungsausschusses nicht zu Eigen macht.

Herr Kogge teilte mit, dass das Verfahren im Zeitplan sei. Der Termin zur Vorlage beim Land sei der 30.04.2009.

Herr Dr. Meerheim wies darauf hin, dass der Finanzausschuss für die Finanzen zuständig sei. Es liegen unterschiedliche Voten der Fachausschüsse vor, die im Hauptausschuss zuständigkeitshalber beraten und geklärt werden. Da das Ergebnis Auswirkungen auf die finanziellen Ausgaben haben wird, sei es schwierig, in der heutigen Sitzung über die Finanzen zu beraten, ohne Einfluss auf die fachlichen Inhalte zu nehmen.

Aus diesem Grund verständigten sich die Mitglieder darauf, keinen Beschluss zu fassen.

Abstimmungsergebnis:

0 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
11 Enthaltungen
einstimmig enthalten

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) stimmt der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für die Stadt Halle (Saale) für den Planungszeitraum Schuljahr 2009/10 bis Schuljahr 2013/14 zu.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage der demografischen Schülerentwicklung ab 2010/11 jährlich eine Fortschreibung zur Aktualisierung und Präzisierung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) gemäß Verordnung zur Schulentwicklungsplanung (SEPI-VO) vom 22.09.2008 vorzulegen.
3. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, bis zum Ende des Schuljahres 2009/10 eine Bedarfserfassung für die Schullaufbahn „Gesamtschule“, differenziert nach kooperativer und integrierter Form, unter den Grundschülerinnen und Grundschülern der Klassenstufen 1 bis 3 durchzuführen und die Ergebnisse im Stadtrat vorzustellen.
4. Im Ergebnis der Bedarfserfassung Gesamtschulen ist dem Stadtrat durch die Verwaltung ein Standortkonzept für Sekundarschulen und Gymnasien für das Schuljahr 2011/12 zur Beschlussfassung vorzulegen, mit dem langfristig dem veränderten Bedarf Rechnung getragen werden kann.
5. Der Stadtrat beschließt die Vorhaltung der im Schuljahr 2008/09 an den Berufsbildenden Schulen der Stadt Halle (Saale) vorgehaltenen Beschulungsmöglichkeiten für die unter Pkt. 3.6.4 aufgeführten Ausbildungsberufe und Bildungsgänge im Rahmen des mittelfristigen Planungszeitraumes bis zum Schuljahr 2013/14.
Die sich verändernde Bedarfslage auf dem Ausbildungsmarkt ist jährlich zu analysieren. Veränderungen von Standorten oder Ausbildungsprofilen der Berufsbildenden Schulen der Stadt Halle (Saale) sind rechtzeitig in die jährlichen Fortschreibungen aufzunehmen. Mit benachbarten Schulträgern sind durch die Verwaltung rechtskräftige Vereinbarungen zur gegenseitigen Aufnahme von Schülerinnen und Schülern aus dem jeweils anderen Schulträgergebiet abzuschließen.

6. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt, auf der Grundlage der Fortschreibung der Mittelfristigen Schulentwicklungsplanung 2004/05 bis 2008/09 für das Schuljahr 2008/09, die nachfolgenden Veränderungen und Ergänzungen im Rahmen der Fortschreibung für das Schuljahr 2009/10.
- 6.1 Fusion der
Grundschule „Ulrich von Hutten“, Huttenstraße 40 und der
Grundschule Am Rosengarten, Ottostraße 25 mit der
Grundschule Auenschule, Th.-Neubauer-Straße 14
Neuer Standort: Huttenstraße 40
Neuer Schulname: Grundschule Huttenstraße
(bis auf Widerruf)
- 6.2 Bestätigung des Beschlusses zur Fusion der
Grundschule „Hanns Eisler“, Seebener Straße 79 mit der
Grundschule Trotha, Hans-Dittmar-Straße 9
Neuer Standort: Seebener Straße 79
Neuer Schulname: Grundschule Seebener Straße
(bis auf Widerruf)
- 6.3 Bestätigung des Beschlusses zum Umzug der Grundschule „Rosa Luxemburg“
Vom Standort: Haflingerstraße 4
In den Standort: Haflingerstraße 13
- 6.4 Schulbezirksveränderung der Grundschule „A. H. Francke“
- 6.5 Schulbezirksveränderung der Grundschule „Am Ludwigsfeld“
- 6.6 Schulbezirksveränderung der Grundschule Johannesschule
- 6.7 Schulbezirksveränderung der Grundschule „U. v. Hutten“
- 6.8 Auslaufende Beschulung an der SK „Fr. Schiller“, beginnend mit dem Schuljahr 2009/10 bis einschl. Schuljahr 2010/11.
Übernahme der verbleibenden Klassenstufen an die SK Am Fliederweg zum Schuljahr 2011/12. Bisheriger Schulbezirk wird grundschulbezogen auf die SK „A. H. Francke“ und Am Fliederweg aufgeteilt.
- ~~6.9 Festlegung von Schuleinzugsbereichen~~
- ~~6.9.1 Festlegung von Schuleinzugsbereichen für alle kommunalen hallischen Gymnasien
— ohne inhaltlichen Schwerpunkt~~
- ~~6.9.2 Schuleinzugsbereiche für die Gesamtschulen der Stadt Halle (Saale)~~
- 6.10 Umzug der Außenstelle BbS V
Vom Standort: Haflingerstraße 6, 13
In den Standort: Universitätsring 21
- 6.11 Ab Schuljahr 2009/10 Beginn der Umsetzung des Berufsvorbereitungsjahres der Berufsbildenden Schulen V in die Berufsbildenden Schulen II
- 6.12 Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Schulbezirke der Grund- und Sekundarschulen.

7. Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Bestandfähigkeit der nach derzeitigem Stand bestandsfähigen Schulen der Stadt Halle (Saale).
8. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum 31.07.2009 die vorgesehenen Maßnahmen des Beschlusses (Pkt. 6.1 bis 6.12) zu begleiten und in Zusammenarbeit mit dem Landesverwaltungsamt, Abteilung Schulen, die Voraussetzungen für einen ordnungsgemäßen Unterrichtsbeginn zum 01.08.2009 zu schaffen.

Finanzielle Auswirkungen SEPL 2008/09

In Verbindung mit der Fusion oder Veränderung von Schulstandorten ergeben sich Veränderungen der Schulbezirke der Grund- und Sekundarschulen sowie veränderte Schulwegführungen in den Schulbezirken. Dadurch kann es zu erhöhten Schülerbeförderungskosten kommen. Für die Maßnahmen zum Schuljahr 2008/09 kann davon ausgegangen werden, dass sich der Anteil der Schülerinnen und Schüler, für die eine neue Anspruchsberechtigung besteht, sowie der Anteil der Schülerinnen und Schüler, für die die Anspruchsberechtigung entfällt, die Waage halten.

Im Rahmen der Vervollkommnung der Verkehrssicherheit in der Stadt Halle (Saale) werden jährlich finanzielle Mittel für die Umsetzung von Maßnahmen eingeplant und eingestellt, die auch zur weiteren Gestaltung sicherer Schulwege dienen.

zu 5.6 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2009 (BEP 2009) Vorlage: IV/2008/07594

Auf Nachfrage von Frau Wolff bestätigte Frau Brederlow, dass die Zuschüsse an die freien Träger in voller Höhe veranschlagt wurden.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat stimmt dem Bedarfs- und Entwicklungsplan für den Zeitraum vom 01.01.2009 bis 31.12.2009 (Anlage 1 der Vorlage) zu.
2. Für die im Bedarfs- und Entwicklungsplan ausgewiesenen Kindertageseinrichtungen ist die gesetzliche Finanzierung gemäß § 11 KiFöG im Haushalt 2009 sicherzustellen (Anlage 2 der Vorlage).

Finanzielle Auswirkung:

HH-Stelle

1.4640.675000 Erstattung Ermäßigung Eigenbetrieb Kita	2.126.000,-€
1.4640.715000 Zuschüsse an Eigenbetrieb Kita	22.916.200,-€

1.4640.678000 Erstattungen/Ermäßigungen freie Träger	1.585.100,-€
1.4640.718000 Zuschüsse an freie Träger	25.422.200,-€
Gesamt:	52.049.500,-€

**zu 5.7 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2009 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2007
Vorlage: IV/2008/07577**

Herr Dr. Meerheim informierte, dass aufgrund der Aufsichtsratssitzung der Kultur GmbH, die am 29.01.2009 stattfindet, darum gebeten wird, die für diesen Tag geplante Sitzung des Finanzausschusses zu vertragen.

Aus diesem Grund wurde folgende Terminkette vorgeschlagen:

- 27.01. Dezernat III
- 29.01. keine Sitzung des FA
- 03.02. Dezernat V + Rest Dezernat II
- 05.02. Dezernat IV
- 10.02. Abschlussberatung

Im Ergebnis der anschließenden kurzen Diskussion äußerte die Mehrheit der Mitglieder des Finanzausschusses die Erwartung, dass die Fachausschüsse ein abschließendes Votum über die finanziellen Mittel ihrer zuständigen Bereiche abgeben.

Diesbezüglich wurde besonders auf die ausstehenden Voten des Jugendhilfeausschusses und des Planungsausschusses abgehoben. Es wurde angeregt, dass der Planungsausschuss ggf. vor der Stadtratssitzung eine Sondersitzung abhält und die Beratung der Reduzierung der freiwilligen Zuschüsse des Dezernates II auf die Tagesordnung am 03.02.2009 verschoben wird.

Die Mitglieder erklärten sich mit der Terminkette einverstanden.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion für ein Angebot an Studierende, die ihren Hauptwohnsitz in Halle nehmen
Vorlage: IV/2008/07285**

Auf Anfrage von Herrn Krause wurde nach einer kurzen Diskussion festgelegt, dass der Antrag sinnvollerweise in der Abschlussberatung des Haushaltes beraten werden sollte.

Auf Bitte von Frau Wolff sagte Herr Geier eine Zuarbeit über die zu erwartenden finanziellen Auswirkungen zu.

Ergebnis:

Wiedervorlage in der Abschlussberatung Haushalt 2009 am 10. Februar 2009.

**zu 6.2 Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP+ Graue + WG Volkssolidarität zur Ausrichtung des Hansetages im Sommer des Jahres 2017
Vorlage: IV/2008/07655**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Fuchs, Herr Weiland, Herr Schramm, Herr Misch und Herr Dr. Meerheim.

Aus den Fachausschüssen Wirtschaftsförderung und Kultur wurde berichtet, dass beide dem Antrag zugestimmt haben.

Herr Dr. Fuchs informierte, dass der Stadt Salzwedel, die den Hansetag im vergangenen Jahr veranstaltet hat, Kosten aus diesem Anlass in Höhe von 600 T€ entstanden seien. Eine Kostenaufstellung könne bei Bedarf nachgeliefert werden.

Es wurde auf einen Artikel in der Zeitung „Volksstimme“ verwiesen, in dem aufgeführt ist, dass Kosten in Höhe von 943 T€ Einnahmen in Höhe von 300 T€ entgegenstehen.

Die Mehrheit der Mitglieder sprach sich für den Antrag aus. Die finanziellen Mittel seien für das Image der Stadt Halle (Saale) sinnvoll investiert. Sie wiesen jedoch darauf hin, dass im Jahr 2017 auch das Lutherjubiläum anstehe. Für dieses gebe es noch keine Pläne und werde es vor 2010 auch nicht geben, weil dazu die Abstimmung mit den anderen Lutherstädten notwendig sei.

Auf Nachfrage führte Herr Dr. Fuchs aus, dass in der Satzung der Hanse verankert sei, dass ein Rücktritt von der Ausrichtung des Hansetages bis 1 Jahr davor möglich sei.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich für das Jahr 2017 um die Ausrichtung des Hansetages zu bewerben.

**zu 6.3 Antrag des Stadtrates Frank Sänger, CDU, betreffend die Beiträge der Wohnungsgesellschaften zur Haushaltskonsolidierung
Vorlage: IV/2009/07716**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Sänger, Herr Misch, Herr Krause, Frau Wolff, Herr Dr. Meerheim, Herr Weiland, Frau Weiß, Herr Häder und Herr Geier.

Herr Sänger begründete seinen Antrag. Unter anderem führte er aus, dass die Umsetzung des Beschlusses für die kommunale Wohnungswirtschaft aufgrund der aktuellen Gegebenheiten auf dem Immobilienmarkt wirtschaftlich nicht sinnvoll sei. Entweder fehlen die potentiellen Käufer oder die Interessenten haben Schwierigkeiten bei der Finanzierung.

Herr Krause äußerte, dass die SPD-Fraktion den Antrag unterstütze. Die zahlenmäßig untersetzte Diskussion - insbesondere auch im Änderungsantrag der SPD-Fraktion - solle jedoch im nicht öffentlichen Teil geführt werden.

Auf Nachfrage von Finanzausschussmitgliedern auf die Auswirkungen der Anträge auf die Haushaltskonsolidierung führte Herr Geier aus, dass eine zeitliche Verschiebung der Beiträge der kommunalen Wohnungswirtschaft zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes zumindest Auswirkungen auf die Zinsbelastung der Stadt Halle (Saale) in nicht unerheblicher Höhe habe, sofern die Beiträge noch im Konsolidierungszeitraum erbracht werden. Sollten die Beiträge nicht im Konsolidierungsrahmen erbracht werden können, müssen neue Maßnahmen zur Konsolidierung definiert werden. Eine Rückmeldung der Geschäftsführungen der Unternehmen sei notwendig.

Im Ergebnis der Diskussion schlug Herr Dr. Meerheim vor, die beiden Anträge in die Sitzung am 10.02.2009 zu vertagen und beide Geschäftsführer sowie Vertreter der BMA einzuladen. Eine Umformulierung der Anträge sollte nicht ausgeschlossen werden, zum einen ist die stringente Umsetzung der Haushaltskonsolidierung, zum anderen die Sicherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der kommunalen Wohnungsgesellschaften nicht aus dem Blickfeld der politischen Entscheidungen zu nehmen.

Gegenüber der Verwaltung wurde die Erwartung geäußert, sich mit den Wohnungsgesellschaften in Verbindung zu setzen, damit die Einschätzung dieser bereits in die Kalkulation der Zinsen usw. einfließen könne.

Abstimmung:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Ergebnis:

Vertagt bis zur Abschlussberatung des Haushaltes 2009 am 10. Februar 2009.

zu 7 Finanzvergleich mit anderen Großstädten

Wiedervorlage in der kommenden Sitzung.

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

zu 9 Mitteilungen

Beantwortung von Anfragen von Frau Wolff zu HzE (inklusive Verzugszinsen) sowie Sozialticket

Frau Wolff kritisierte es außerordentlich, dass ihre Fragen, trotz mehrmaliger Nachfrage und

der Zusage der Verwaltung, aus der Sitzung des Finanzausschusses am 18.11.2008 erst am 20.01.2009 schriftlich beantwortet wurden.

Der Inhalt der Beantwortung sei außerdem mangelhaft und unvollständig. Sie wies auf § 44 GO hin und avisierte einen Hinweis in der kommenden Stadtratssitzung. Die Beantwortung ihrer Frage zum Stand Sozialticket stehe noch immer aus.

zu 10 mündliche Anfragen

Fahrbibliothek

Herr Misch bat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie weit ist der Stand der Ausschreibung
2. Wie viele Arbeitsstunden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung wurden insgesamt zur Vorbereitung der Ausschreibung investiert? (Bitte um Einzelaufstellung)
3. Was passiert mit den nicht freigegebenen Mitteln für die Fahrbibliothek?
4. Wenn die nicht freigegebenen Mittel für andere Zwecke verbraucht werden, ist eine Prioritätenabwägung vorgenommen worden und damit die Bedeutung der Fahrbibliothek für die Aspekte a) Bildung und b) Attraktivität städtischer Angebote für Außenbezirke und Umlandgemeinden ausreichend gewürdigt worden?

PPP

Herr Schramm bezog sich auf eine Information aus dem letzten Bildungsausschuss. In diesem wurde informiert, dass es zu Mehrausgaben für PPP kommen werde. Er bat die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung um eine schriftliche Zuarbeit:

- a) ursprünglicher Zahlungsplan
- b) aktueller Zahlungsplan
- c) Begründung eventueller Abweichungen.

Abbau Altdefizit und Haushaltskonsolidierung

Frau Wolff bat die Verwaltung um eine Information zum Stand des Abbaus des Altdefizits und der Haushaltskonsolidierung.

Hinweis: die Thematik wird in der Abschlussberatung Haushalt besprochen.

Beratervertrag

Frau Wolff avisierte einen Antrag für den nicht öffentlichen Teil in der kommenden Stadtratssitzung.

Voraussichtliches Ist 2008

Herr Dr. Meerheim bat die Verwaltung um eine schriftliche Zuarbeit bezüglich des vorläufigen Jahresabschlusses 2008 bis zur Abschlussberatung.

Haushaltssperre

Herr Dr. Fuchs bat um eine schriftliche Zuarbeit, wie viel Geld durch die Haushaltssperre eingespart werden konnte und wofür dieses ausgegeben wurde. (Termin: Abschlussberatung)

zu 11 Anregungen

W-LAN Verbindung

Frau Wolff regte an, die bereits seit längerer Zeit gewünschte W-LAN Verbindung im Stadthaus zu installieren.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender
des Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Finanzen und Personal

Martina Beßler
Protokollführerin
Controllerin Dezernat I